Geschrieben von: Lorenz
Sonntag, den 04. April 2010 um 09:50 Uhr

Im Ernstfall müssen aber die Einsatzkräfte in Hameln-Pyrmont den Kopf hinhalten

Landtagsabgeordneter Herzog kritisiert: Landkreise im Weserbergland haben kein Mitspracherecht bei den Atomtransporten

Grohnde/Emmerthal/Hannover (wbn). Die Linke im niedersächsischen Landtag hat vor dem Hintergrund der geplanten Atomtransporte in das Kernkraftwerk Grohnde bei Emmerthal der Landesregierung in Hannover vorgeworfen, die Gefahren von MOX-Atomtransporten per Lkw durch Niedersachsen zu ignorieren.

Dies verdeutliche die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Linken. Kurt Herzog, der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, erklärte dazu: „Die Landesregierung schätzt das Gefährdungspotential sogar bei Unfällen als gering ein. Wie sie zu einer solchen Einschätzung gelangt, ist mir unverständlich“. So könne beispielsweise bei einem Unfall mit einem Lkw, der Propangas transportiert, ein 2000 Grad heißes Feuer entstehen. Die Atombehälter hielten jedoch nur Temperaturen von 800 Grad aus. Bei einem solchen Brand könnten laut Herzog Plutonium-Partikel freigesetzt werden; bereits einige Millionstel Gramm dieses Stoffes könnten Krebs auslösen, wenn sie eingeatmet werden. Außerdem wisse niemand, welche Folgen ein Unfall bei einer Geschwindigkeit ab 50 km/h hätte. „Bei den bisherigen Risikotests, die für eine Genehmigung der Transporte notwendig sind, wurden nur Geschwindigkeiten bis zu 48 km/h erprobt“, sagte Herzog.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Test im Juli 2009 in Cuxhaven diente laut Landesregierung dem Nachweis technischer Sicherheit. „Da Cuxhaven aber ebenso wie Bremerhaven keine Atomtransporte über seinen Hafen zulassen wird, stellt sich jetzt die Frage, über welchen Hafen in Niedersachsen der bereits genehmigte MOX-Transport abgewickelt werden soll und wo Tests geplant sind“, sagte Herzog. Die Landesregierung ignoriere die Gefahren und übe sich in Geheimniskrämerei. Ziel sei es offensichtlich, bei den Atomtransporten möglichst wenig Öffentlichkeit zu erzeugen. Herzog forderte ein Verbot der Atomtransporte.

Nach einem Gutachten der Stadt Lübeck müssten Kommunen bei der Genehmigung eines Transportes beteiligt werden. Auch dies habe die Landesregierung unterlassen. „Oder wurde Landrat Rüdiger Butte vor dem Transport zum AKW Grohnde etwa einbezogen?“, fragte Herzog. Die niedersächsischen Landkreise hätten bei der Genehmigung kein Mitspracherecht, müssten aber im Falle eines Unfalls den Katastrophenschutz organisieren. „Den Kopf dürfen sie hinhalten, beteiligt werden sie aber nicht“, so Herzog. Es dürfe auch nicht sein, dass die Transporte direkt an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Kurgebieten und weiteren schutzwürdigen Einrichtungen vorbeiführten.